Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl.

Dresden, 1888.

Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Berlin, 13. April. Die Nothstandsvorlage fordert 20 Millionen zu Staatshilfen, 8 Mill. zu Herstellung der Deiche und Uferwerke, 4 Mill. für beschädigte Staatsbahnen und 2 Mill. zu anderen fiskalischen Bauten. Die Beihilfen können ohne Auflage der Rückgewähr bewilligt werden. Der Betrag wird im Anleiheweg durch Veräußerung des entsprechenden Betrags in Schuldverschreibungen aufgebracht.

Paris, 13. April. Die geplanten Veränderungen in der französischen Vertretung im Auslande sind vorläufig vertagt worden. — Der „National" will wissen, der vom Lissabon nach London zurückgekehrte Graf von Paris werde am Sonnabend mit seinen gewöhnlichen Rathgebern über die Opportunität eines Manifestes an die Nation, sowie einer Intervention in der Boulanger-Bewegung berathen. — General Ferron, ehemaliger Kriegsminister, hat auf Aufforderung des Prinzen Viktor die Präsidentschaft des bonapartistischen Generalkomitees übernommen.

London, 13. April, 11 U. 14 M. Consols 100,25, Italiener 94,43, Türken 14,06, Ungarn 77,37, Ottomanbank 10,18, Spanier 67,56, Egypter 80,25, Russen 93,25, Rio Tinto 19,31, Mexikaner conv. 76,75, Erie 25,00, Central-Pacific 30,00, Milwaukee 71,25, Louisville 55,75, Lake Shore 90,75. — Besser.

Café Français
Ecke Georgplatz, Knotenpunkt der Pferdebahnen.
Elegantes Restaurant der Neuzeit, empfiehlt seine vorzügliche Küche, sowie hochfeine Biere.
Hochachtend F. Diebel.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Thüre zu! D.R. Patent.
Vollkommenster selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Fernsprech-Anschluss Nr. 2100.
Prospecte gratis und franco.
20,000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstrasse 27.

Preuss & Brendecke,
Dresden, König Johannstrasse 8, zunächst dem Altmarkt.
Posamenten und Knöpfe. Futterstoffe und alle Nähartikel. Seidene Bänder, Corsetts, Spitzen.
En gros. En detail.

„Invalidendank".
Annoncen-Vermittelung
für die „Dresdner Nachrichten", den „Dresdner Anzeiger", sowie für alle anderen Zeitungen. Offertbriefe gratis.
„Invalidendank".

Nr. 105. Spiegel: Stillstand der Kanzlerkrisis und künftige Heirathsaussichten, Mitregentschaft, österreichische Branntweinvorlage. Hof- und Personalnachrichten, Stadtverordnetensitzung, Gerichtsverhandlungen. **Sonnabend, 14. April.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Ist es jetzt für die wahren deutschen Patrioten Zeit Victoria zu schießen? Denn der heftige Zwist am Kaiserhofe hat vorläufig damit geendet, daß Fürst Bismarck bleibt und die Verlobung unterbleibt. Wir meinen bei diesem schweren Zerwürfniß ist ein Victoria-Schießen weder jetzt, noch überhaupt je angezeigt. Denn gleichviel, ob die Verlobung nur einstweilen zurückgestellt oder endgiltig aufgegeben ist, und somit berechtigterweise das Staatswohl über einen Schäferroman triumphirt hat — das Schauspiel dieses Hin- und Herzerrens der werthvollsten Reichsinteressen war ein tieftrauriges. Vier Wochen nach dem Tode des glorreichen Gründers des Deutschen Reichs swiederum solche aufregende Vorgänge, zum schadenfrohen Ergötzen des uns feindlichen Auslandes, zum Irreführen unserer Verbündeten und zum tiefsten Leidwesen aller wohlmeinenden Deutschen zu erleben, das hätte am 9. März Niemand für möglich gehalten. Die Deutschfreisinnigen allein haben für so viel Unheil, das angerichtet wurde, kein Verständniß; die Parteileidenschaft hat ihren Blick für die Interessen des Ganzen völlig geblendet. Spurlos wird die mit Mühe und Noth beigelegte Kanzlerkrisis nicht verlaufen; sie muß bei allen Betheiligten einen Stachel zurücklassen. Der äußerliche Verlauf war zuletzt folgender: Am Dienstag hatte die Kaiserin Victoria mit dem Reichskanzler die bekannte zweistündige Unterredung. Sie brachte, wie man jetzt bestimmt weiß, keine Entscheidung. Jeder Theil beharrte bei seiner Auffassung. Am Mittwoch Nachmittag erschien Fürst Bismarck in Charlottenburg und hatte dort beim Kaiser einen anderthalbstündigen Vortrag. Den Kaiser griff die lange Verhandlung zu sehr an, er brach sie ab, ohne eine endgiltige Entscheidung zu treffen. Es fand nachher noch am Mittwoch Abend ein Schriftenwechsel zwischen Kaiser und Kanzler statt. Der Donnerstag Morgen brachte endlich die vorläufige Entscheidung. Es war der Geburtstag der Prinzessin Victoria, sie erfuhr, daß sie sich nicht mit dem Prinzen von Battenberg verloben dürfe. Damit ist die Kanzlerkrisis für jetzt wenigstens zum Stillstand gekommen und eine Verschärfung für die nächste Zeit ausgeschlossen. Die Kaiserin Victoria soll, einer Erzählung zufolge, die von guter Seite kommt, bei der Unterredung mit dem Fürsten Bismarck die beiden Hände des Kanzlers ergriffen und mit bewegter Stimme ausgerufen haben: „Ich opfere das Glück meiner Tochter auf dem Altar des Vaterlandes!" Wäre die Aeußerung wörtlich so gefallen, so würde uns dies im Interesse der Kaiserin Victoria nur freuen.

Erleichtert wird das Aufgeben der Verlobung vermuthlich durch folgende Erwägung. Vermählte sich nämlich jetzt die Prinzessin Victoria mit dem Battenbergischen Prinzen, also ein Wenig unterebenbürtig, so würde sie damit die etwaigen künftigen Heirathsaussichten ihrer jüngeren Schwestern wesentlich geschädigt haben. In Berlin hat man, wenn nicht in's Auge gefaßt, aber doch daran gedacht, daß die Prinzessinnen Sophia und Margaretha einmal von dem Großfürst-Thronfolger von Rußland und dem griechischen Kronprinzen gefreit werden könnten. Diese höchsten Verbindungen aber würde sich das Deutsche Kaiserhaus verscherzt haben, sobald die Prinzessin Victoria jenem dem russischen Kaiserhause tödtlich verfeindeten Prinzen von Battenberg die Hand reichte. Also auch vom Standpunkte künftiger Familienverbindungen wäre das Durchfechten dieser Liebesheirath ein nicht wiedergutzumachender Mißgriff. Wie man am Czarenhofe über die ganze Heirathsgeschichte denkt, darüber hat die gestrige Auslassung des Journals de St. Petersbourg denn doch wohl allen Zweiflern die Augen geöffnet. Daß aber Fürst Bismarck wieder festeren Boden unter seinen Füßen fühlt, läßt der kernige Artikel seines Leibblattes, der Norddeutschen, erkennen. Es ist die mannhafte Sprache eines ehrlichen, pflichttreuen, schmachvoll verleumdeten Dieners seines Herrn. Die deutschfreisinnige Verdächtigung von dem angeblichen Bismarck'schen Hausmeierthum hat also auf Kaiser Friedrich ebensowenig Eindruck gemacht, wie auf seinen verewigten Vater. Auch Kaiser Friedrich vertraut seinem Kanzler, er läßt sich eben nicht so leicht belügen, wie ein deutschfreisinniger Wähler. Zu der Wiederbefestigung der Stellung des Fürsten-Reichskanzlers hat es gewiß wesentlich mit beigetragen, daß es unmöglich war, für ihn Ersatz zu schaffen. Es ist bei dem Fürsten Hohenlohe, dem Grafen Hatzfeld und dem Grafen Münster vertraulich angefragt worden, ob sie bereit wären als Nachfolger Bismarck's in die Bresche zu springen — sie haben sämmtlich sofort und unbedingt ablehnend geantwortet. Den Fürsten Bismarck aber stürzen und Niemanden finden, der an seine Stelle trete, dazu fühlte sich auch die zäheste Willenskraft zu schwach. Unter solchen Umständen bedarf es nicht mehr der nach Berlin zu richtenden Volkskundgebungen, mögen sie sich wie die stramme Breslauer Adresse an den Kaiser oder wie die etwas unbedachtere Leipziger Zuschrift an den Kanzler wenden. Wo blieb übrigens, so hat man vielfach gefragt, in dieser aufgeregten Zeit der Kronprinz? Ist er nicht so Etwas wie Mit-Regent? Nun, der Kronprinz hat in einer Weise gehandelt, die ihm alle Ehre macht. Er glaubte aus der Zurückhaltung, die er sich zur Pflicht gemacht, nicht heraustreten zu sollen, sondern widmete sich einzig seinem Dienste. Auf dem Laufenden ist er natürlich erhalten geblieben und es ist gewiß charakteristisch, daß zu derselben Stunde am Mittwoch, als Fürst Bismarck mit dem Kaiser in Charlottenburg verhandelte, der von seiner Dienstreise aus Potsdam zurückkehrende Kronprinz auf dem Bahnhofe vom Grafen Herbert Bismarck erwartet wurde, und die Unterredung zwischen Beiden im Wartesalon des Potsdamer Bahnhofes stattfand. Bisher ist noch keine einzige Verfügung erlassen, die der Kronprinz in seiner Stellvertretung des Kaisers erlassen hätte. Jetzt endlich sind jedoch Ausführungsbestimmungen über seine Stellvertretung erlassen worden. Sie geben genau an, in welchen Angelegenheiten die Stellvertretung erfolgt. Gleichzeitig ist bestimmt worden, daß der Kriegsminister und die beiden Chefs des Militär- und Civilkabinets dem Kronprinzen regelmäßig Vortrag zu halten haben.

Den österreichischen Reichsrath, der in Wien soeben zusammengetreten ist, erwarten solche Berge von Arbeiten, daß er nur die wenigsten wird erledigen können. Es bleiben dem Reichsrathe nämlich überhaupt nur 37 Tage übrig, dann muß er sich abermals vertagen, um für den Zusammentritt der österreichisch-ungarischen Delegationen Platz zu machen. Eine der wichtigsten Vorlagen, die der Reichsrath unbedingt fertigstellen muß, ist ein neues Branntweinsteuergesetz. Auch in Oesterreich-Ungarn verschließt man sich nicht der Nothwendigkeit, den Branntwein stärker als zeither zur Bestreitung der Reichsbedürfnisse heranzuziehen. In den Unterhandlungen zwischen den Finanzministern der beiden Hälften des Donaureichs ist eine solche Erhöhung der Branntweinbesteuerung vereinbart worden. Gern willigten die Ungarn darein, da es in ihrem Weinlande verhältnißmäßig nur wenige Branntweinbrennereien giebt; dafür nehmen sie eine Erhöhung der Zuckersteuer auf sich, die sie in weit höherem Maße trifft. Denn auch in unserem Nachbarlande war die Zuckersteuer wie bei uns in Deutschland in Verfall gerathen. Die reichlicheren Erträgnisse aus beiden sollen eben auch dort, wie bei uns, den Staat in den Stand setzen, den steigenden Militärbedürfnissen zu genügen. Ohne gleichzeitige Erhöhung der Branntweinsteuer bewilligen die Ungarn auch keine Erhöhung der Zuckersteuer. Gegen die Branntweinsteuer-Erhöhung sind aber die Polen Feuer und Flamme. Tritt sie in dem Maße in Kraft, wie jetzt von der Regierung vorgeschlagen, so muß Galizien allein künftig 12 Millionen Gulden mehr an die Staatskassen abführen. Was Galizien an Schnaps jährlich verbraucht, geht in's Aschgraue. Nirgends wüthet ja die Branntweinpest so unsäglich, wie gerade in Galizien. Daß sich die polnischen Großgrundbesitzer, die ja meist zugleich Schnapsbrenner sind und die polnischen Juden, in deren Händen sich fast ausschließlich der Einzelverschleiß des Schnapses in Stadt und Land befindet, gegen eine Vertheuerung desselben und eine Höherbesteuerung des Brennereibetriebes wehren, ist begreiflich. Nun hat es der Zufall gefügt, daß diese Branntweinsteuer von einem Finanzminister vorgeschlagen wird, der selbst ein Galizianer ist, Herrn v. Dunajewski. Derselbe muß sich daher von seinen Landsleuten des gröbsten Verraths ihrer Interessen beschuldigen lassen. Während der Vertagung des Wiener Reichsraths befand sich ganz Galizien in hochgradiger Aufregung; jeder Abgeordnete sollte sich seinen Wählern gegenüber verpflichten, von der bisherigen Unterstützung der Regierung zur schärfsten Feindschaft überzugehen, sobald das Branntweinsteuergesetz durchzudrücken versucht werde. Machen die Polen Ernst damit, so wäre die Mehrheit im Parlamente, auf die sich das Ministerium Graf Taaffe stützt, gesprengt. Aber die Herren Polen werden schon mit sich reden lassen. Galizien gehört zu den sogenannten „passiven" Kronländern Oesterreichs, d. h. zu denjenigen, deren Verwaltung dem Staate mehr Geld kostet, als er aus deren Steuererträgen herausnimmt. Galizien wird ebenso gut wie Istrien, Dalmatien u. A. durch die überschießenden Steuererträge Böhmens, Mährens, Ober- und Niederösterreichs erhalten. Die Abneigung Galiziens, etwas mehr Steuern zu zahlen, ist zwar begreiflich, aber gar nicht gerechtfertigt. Im Uebrigen besitzt der Finanzminister noch einige Mittel, um Galizien in weit höherem Betrage das wieder zuzuwenden, was er jetzt mittelst der höheren Branntweinsteuer herausnimmt. Er braucht blos die Regulirung der Ströme und die Entlastung der Grundschulden Galiziens auf Kosten der übrigen Kronländer durchzuführen und die Polen machen dann noch ein glänzendes Geschäft. So wird's wohl auch kommen. Die Kosten zahlen dann, wie üblich, Deutsche und Czechen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 13. April.

Berlin. Ueber den Gesundheitszustand des Kaisers wird gemeldet: Seit mehreren Tagen zeigte sich eine Veränderung in der Form des Athmungskanals, wodurch die bisherige Canüle herausgedrängt und die Einlegung einer anderen, länger geformten Canüle nothwendig wurde. Zur Ausführung dieser Manipulation wurden gestern Nachmittag Geh. Rath v. Bergmann und Dr. Brahmann nach Charlottenburg berufen. Nachdem die neue Canüle eingelegt war, wurde die Athmung, die vorher erschwert war, sofort besser. Die letzte Nacht war gut, und der Kaiser fühlte sich gekräftigt, stand halb 8 Uhr auf und nahm Vormittags die Vorträge des Chefs des Civilkabinets v. Wilmowski und des Ministers des Innern entgegen. Mittags fuhr das Kaiserpaar in geschlossenem Wagen nach Berlin. Prinzessin Viktoria folgte in offenem Wagen. In Berlin statteten die Majestäten der Kaiserin Augusta einen Besuch ab. Nachmittags empfing die Kaiserin Viktoria in Charlottenburg den Ausschuß des Comitees zur Unterstützung der Ueberschwemmten. Dem erstatteten Bericht zufolge ergab die Berliner Hauskollekte bisher 320,000 Mk. 400,000 Mk. werden insgesammt erwartet. Das Comitee verfügt im Ganzen über 1,070,000 Mk. Dazu kommen die Sammlungen der Berliner Zeitungen, wovon 6 Zeitungen 157,000 Mk. direkt versandten. Aus Dresden, Hamburg, Lübeck, Bremen, Magdeburg und Hannover wurden ganz erhebliche Summen nach den Nothstands-Distrikten geschickt; aus Bayern, London und von den Deutschen im Auslande werden noch erhebliche Beträge erwartet. Die insgesammt durch Privatwohlthätigkeit erhoffte Summe wird auf 1½ Millionen geschätzt.

Köln. Gestern Nacht brannte hier eine Cantine nieder. Von 42 darin schlafenden Erdarbeitern sind 4 umgekommen, 2 wurden schwer verletzt.

Wien. Die heutige Wehrvorlage bestimmt: Die Mannschaft des 1. Jahrganges der Reserve, sowie die drei jüngsten Aushebungsjahrgänge der Ersatzreserve können, wenn besondere Verhältnisse es erfordern, nach Maßgabe und auf die Zeit des Bedarfs auf Befehl des Kaisers zur aktiven Dienstleistung eingezogen, jedoch nur so lange präsenz belassen werden, als dieselben den erwähnten Jahrgängen angehören. Hiervon sind Diejenigen ausgeschlossen, welche infolge zu berücksichtigender Umstände vom regelmäßigen Präsenzdienst enthoben bez. der Ersatzreserve überwiesen sind. Die zur aktiven Dienstleistung für mindestens 2 Monate herangezogenen Reservisten bleiben während der weiteren Reserve dienstlich von jeder Waffenübung befreit. Das Gesetz tritt in Wirksamkeit am Tage der Kundmachung.

Paris. Die Opportunisten verbreiten im Nord-Departement Zettel mit den großgedruckten Worten: „Boulanger ist der Krieg!" Boulanger erklärt das für Lüge. Man solle unbesorgt sein, Boulanger sei der Friede. Rochefort bestreitet gleichfalls, daß Boulanger zum Krieg dränge und erzählt im „Intransigeant": „Es war zur Zeit der Schnäbele-Affaire. Man theilte mir einen aus Berlin eingegangenen Brief eines deutschen Reichstags-Abgeordneten mit, eines erbitterten und von Bismarck sehr gefürchteten Feindes des Reichskanzlers, aber keines Protestlers, der schreckliche Mittheilungen enthielt. Er erklärte, daß ein Ueberfall in 8 Tagen unvermeidlich und daß der Hinterhalt von Pagny eine wohlbedachte Provokation sei. Weiter zählte der Brief die deutschen Truppenbewegungen an der Grenze auf, die die Verhältnisse einer wahren Mobilmachung annahmen. Ich eilte nun zu Clemenceau, der den damaligen Minister Boulanger sofort durch eine Depesche benachrichtigte. Ungeduldig eilte ich aber auch zu Boulanger, der mir sorgenvoll sagte: „Das ist ein großes Unglück. Wenn wir Tag und Nacht, sowie bisher weiter gearbeitet hätten, so hätte es noch eines Jahres bedurft, um diesen Stoß auszuhalten. Wenn die Angelegenheit sich arrangirt, verdoppeln wir die Rationen, um in einer kürzeren Zeit bereit zu sein."

Die Berliner Börse eröffnete heute im Anschluß an die von auswärtigen Börsen gemeldeten niedrigen Notirungen schwach. Ein regeres Geschäft entwickelte sich nur auf dem Renten- und Bankaktienmarkte. Credit und Commandit waren anfangs niedriger, erholten sich jedoch bald. Von österreichischen Bahnen waren Elbethal gut gefragt. Von Bergwerken Dortmunder stärker offerirt. Im späteren Verlaufe veranlaßte das Bekanntwerden der Anwesenheit des Kaisers in Berlin eine allgemeine Befestigung, ohne daß der Verkehr lebhaft wurde. Von ausländischen Fonds waren Egypter gefragt, Bergwerke (Bochumer) anziehend. Im Kassaverkehre waren deutsche Bahnen unverändert, österreichische schwächer, Schweizer Bahnen mäßig belebt, Banken still, Bergwerke lebhaft umgesetzt, Industriepapiere besser, Union Chem. 2,90 höher, deutsche Fonds schwächer. Privatdiskont 1½ Prozent.

Frankfurt a. M., 13. April. Credit 216,75. Staatsbahn 177½. Lombarden 59,00. Galizier —,—. Egypter 79,90. 4proc. Ungar. Goldrente 77,80. Disconto 189,90. 1880er Russen —. Handelsg. —. Laura —. Fest.

Wien, 13. April. Credit 274,25. Staatsbahn 221,25. Lombarden 75,25. Nordwestb. 158,00. Marknoten 62,30. Ung. Credit 272,50. ruhig.

Paris, 13. April. (Schluß.) Rente 81,42. Anleihe 106,62. Italiener 95,62. Staatsbahn —,—. Lombarden 170,00. do. Prioritäten —,—. Spanier 67,75. Egypter 406,25. Ottomanen 507,50. Neue Anleihe —. Türken —. Fest.

Amsterdam, 13. April. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 198, per Novbr. 200, behauptet. Roggen per Mai 105, per October 106. Weichend.

Paris (Produkten), 13. April. (Schluß.) Weizen per April 24,00, per Juli-August 23,25, still. Spiritus per April 46,75, per Sept.-Decbr. 43,75, ruhig. Rüböl per April 52,00, per Sept.-Decbr. 54,50, behauptet.

London, 13. April. Produkten) Schluß. Weizen fest, englischer ½ Sch. gegen vorige Woche besser, fremder Vollpreise, angekommene Ladungen theurer, Mais theurer, Uebriges träge. — Wetter: Milde.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König kam gestern Vormittag nach dem Residenzschloß, nahm die üblichen Vorträge der Herren Staatsminister und Departementschefs sowie des Herrn Geheimrath Bär entgegen, worauf noch einige Vorstellungen von Offizieren erfolgten und übernahm später den Vorsitz einer Ministerialsitzung im Gesammtministerium, welche bis ¼4 Uhr währte, worauf die Rückkehr nach Villa Strehlen, woselbst um 5 Uhr Hoftafel stattfand, erfolgte.

— Se. Kgl. Hoheit Prinz Friedrich August, derzeit Hauptmann im 1. Grenad.-Reg. Nr. 100 wurde von Sr. Majestät dem König zum Kompagnie-Chef in diesem Regiment ernannt.

— Zu Ehren Ihrer Majestät der Königin Carola fand in Cannes, wie man uns von privater Seite mittheilt, am 9. in den schön ausgestatteten Salons des Hotel Montfleury ein Diner statt. Dasselbe wurde von der Herzogin von Hamilton, geb. Prinzessin von Baden, gegeben. Eingeladen waren außer Ihrer Majestät, die Herrschaften von Hohenzollern-Sigmaringen, ferner von Hohenzollern-Hechingen und die Gräfin von Flandern. Die Tafel war prächtig mit Blumen geschmückt, und zwar waren die sächsischen, sowie die badischen Farben in wundervollen Blumenarrangements repräsentirt.

— Die Anwesenheit des württembergischen Ministerpräsidenten Dr. v. Mittnacht in Dresden, welcher am Mittwoch von Sr. Majestät dem König in Audienz empfangen wurde, hatte keinen politischen Hintergrund. Dr. v. Mittnacht war in Familienangelegenheiten auf einer Reise nach Lüben in Schlesien begriffen. Se. Excellenz ist gestern ½11 Uhr Vormittags nach Lüben gereist, von wo aus derselbe am Montag, 16. d. M. über Dresden die Rückkehr nach Stuttgart antreten wird.

— Vor längerer Zeit ist dem Professor Biedermann in Leipzig ein durch Sammlungen aufgebrachtes Capital überreicht worden (es waren 15,000 Mk.), um ihm den Lebensabend zu erleichtern. Zu dieser Sammlung hatte damals Fürst Bismarck einen Beitrag geleistet. Prof. Biedermann ist einer der Urheber der Leipziger Adresse zur Kanzler-Krisis. Die „Freisinnige Zeitung" des Herrn Richter begeht die schmähliche Gemeinheit, wiederholt diese politische Aktion Professor Biedermanns damit zu erklären, daß er sich für den Beitrag des Fürsten Bismarck habe dankbar erweisen wollen — wobei noch insinuirt wird, der Beitrag des Kanzlers sei wohl aus dem Welfenfonds geleistet worden! Das geschieht unter der Aegide eines Partei-Führers!

— Die beabsichtigte Elektrizitäts-Centrale in der Breitestraße hat, soviel wir hören, noch nicht bestimmte Aussicht zur Ausführung zu kommen, und ist man von der Fürsorge unserer städtischen Behörden überzeugt, daß man nicht eher dazu schreitet, bevor man sich nicht die möglichste Gewißheit verschafft hat, eine dergleichen Anlage mit gleich guter Wirkung außerhalb der Stadt zu errichten. Es ist dies umso wünschenswerther, als die Elektrotechnik von Jahr zu Jahr immer weitere Fortschritte macht und diejenigen Systeme, die heute mit so großen Kosten und unter so großer Belästigung der Bürgerschaft durchgeführt werden sollen, können leicht in ein paar Jahren von besseren Systemen durch Billigkeit und Zweckmäßigkeit überholt werden. Wie wir hören, ist das in der Stadtverordnetensitzung so abfällig kritisirte System Ganz, welches auf Transformatoren beruht und die Anlage von Centralen außerhalb der Stadt ermöglicht, neuerdings wieder in's Auge gefaßt worden, und es ist von der Aktiengesellschaft Ganz u. Co., Besitzerin der Patente Zipernowsky Deri in Pest, neuerdings an den hiesigen Stadtrath eine diesbezügliche vertrauensvolle Offerte gemacht worden, die alle möglichen Garantien für dauernd günstige Installation bietet. — Es ist interessant zu erfahren, daß die Anlagen von Centralstationen inmitten der Stadt seiten der Umwohner z. B. in Wien bereits zu Prozessen geführt haben, in welchen festgestellt worden ist, daß durch Lärm und Erschütterung bei dem Betriebe der elektrischen Beleuchtungsanlage der ruhige Besitz der anliegenden Häuser wesentlich gestört wurde und das Gericht hat erkannt, daß jede derartige fernere Störung bei einer Geldstrafe von 5000 fl. für jeden einzelnen Fall zu bestrafen ist. — Charakteristisch ist es auch, daß die Berliner Gasverwaltung beabsichtigt, in den weiter zu errichtenden Markthallen anstatt des in den bereits bestehenden fünf Markthallen angewendeten elektrischen Lichtes Gasbeleuchtung einzuführen, um Störungen in der Beleuchtung möglichst zu verhüten und mit Rücksicht auf Ersparung an Betriebskosten eine dem vorliegenden Zweck entsprechendere Regelungsfähigkeit der Beleuchtung, als solche bei elektrischem Licht erreichbar ist, zu erzielen.

Friedrich & Glöckner
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 und Löbtau.
Spec.-Geschäft f. Lacke, Firnisse u. Farbewaaren, eigene Fabrikation.